

Autor: Ninve Ermagan
Ort: Berlin, München
Kategorie: Artikel
Rubrik: Extremismus
Datum: 09.06.2018
Portal: www.zocd.de
Textdauer: ca. 3 Min.
Sprache: Deutsch
Titel: *Gegendemo zum Al-Quds Marsch in Berlin*

ARTIKEL QR CODE



Gegendemo zum Al-Quds Marsch in Berlin

Am 09.06.18 fand der alljährliche Al-Quds-Marsch in Berlin statt. Der Al-Quds-Tag, übersetzt: Jerusalem-Tag, war 1979 vom iranischen Revolutionsführer Ajatollah Chomeini ausgerufen worden. Damit beabsichtigt man, die Einheit der Muslime zu beschwören, den muslimischen Anspruch auf ganz Jerusalem zu untermauern und das Existenzrecht Israels infrage zu stellen.

Auch dieses Jahr zog die Veranstaltung etwa 1600 Menschen eines breiten Spektrums an, von Hamas- und Hisbollah-Sympathisanten bis zu Neonazis, die ihren Antisemitismus auf offener Straße demonstrierten.

Aus diesem Anlass organisierten die Deutsch-Jüdische Gesellschaft sowie weitere jüdische und kurdischen Organisationen eine Gegenkundgebung mit rund 800 Teilnehmern, um sich dieser Demonstration für den Islamismus, für Hass auf die liberale Demokratie und auf den Westen als Ganzes entgegenzustellen. Den Gegendemonstranten zufolge repräsentiert der Marsch die antidemokratische Ideologie des iranischen Regimes, welche Unterdrückung und Folter praktiziert und dabei jeden sanktioniert und verfolgt, der sich diesen islamistischen Vorstellungen nicht beugt.

Neben Vertretern der jüdischen Gemeinde waren auch Mitglieder des Zentralrats der Eziden, der kurdischen Gemeinde und Parteien wie der CDU, SPD, der Linken und Bündnis 90/die Grünen unter den Rednern der Gegendemonstration.

Dabei wurde von einigen Rednern angesprochen, dass die Bedrohung Israels seit diesem Jahr auf Grund des Atomprogramms des Irans sowie der von ihr unterstützten Hisbollah, die im Libanon ca. 120.000 Raketen auf Israel gerichtet habe, besonders akut sei. Zudem betonte man den stetig anwachsenden Antisemitismus, der verstärkt von überwiegend aus islamischen Ländern stammenden Migranten ausgehe. Die Anwesenden waren darüber entsetzt, dass sich Mobbing gegenüber jüdischen Schülern und tätliche Angriffe auf Kippa tragende Männer häuften und in der deutschen Gesellschaft alltägliche Erscheinungen geworden wären. Man forderte ein Verbot der Hisbollah in Deutschland und betonte, dass vom Iran aus beeinflusste Organisationen wie die Islamische Gemeinschaft schiitischer Gemeinden (IGS) künftig keine finanzielle Unterstützung durch die Bundesregierung erhalten dürften.

Der Vorsitzende der kurdischen Gemeinde in Deutschland, Ali Ertan Toprak, bedauerte die in seinen Augen geringe Anzahl der Gegendemonstranten und warf die Frage auf, wo denn die Massen seien, die noch vor wenigen Wochen gegen Rechtspopulisten demonstriert hätten? Es sei für ihn unerträglich, dass in der Stadt, von der vor über 80 Jahren das größte Menschheitsverbrechen ausging, heute Anhänger der Hisbollah und andere Nationalislamisten, ungehindert zur Vernichtung des Staates Israel aufrufen könnten.

Ninve Ermagan
Redaktion